Haushaltsrede von Oberbürgermeister Maximilian Friedrich anlässlich der Einbringung des Haushalts 2026

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,
werter Herr Erster Bürgermeister Stefan Setzer mit den Dezernenten Regine Wüllenweber und Timo Mäule sowie allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern und den Vertretern der Stabstellen,
verehrte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor wir uns den Zahlen des Haushalts zuwenden, lohnt ein Blick auf das größere Bild. Wir erleben gerade eine Zeit, in der es vielen Menschen schwerfällt, optimistisch zu bleiben. Man hört oft: „Es wird alles schlechter“, „nichts funktioniert mehr“, „der Staat kommt an seine Grenzen.“ Diese Stimmung bleibt nicht ohne Wirkung. Wenn sich ein Mantel des Pessimismus über ein Land legt, dann prägt er Debatten, Entscheidungen und am Ende auch das Vertrauen in die Demokratie. Richtig ist: vieles kann nicht mehr so bleiben wie es war und muss sich ändern. Ein

Ausruhen auf dem Erreichten wird nicht genügen, um die fundamentalen Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Aber es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass uns dies nicht gelingen kann. Dazu lohnt sich ein nüchterner Blick auf das, was dieses Land und unsere Stadt tatsächlich ausmacht: Wir leben in einem Land, das zu den wohlhabendsten und sichersten der Welt gehört. Wir genießen eine soziale Absicherung, die Menschen aus vielen anderen Regionen bewundern. Wir erleben in Backnang starken gesellschaftlichen Zusammenhalt: in den Vereinen, bei den Blaulichtorganisationen, in den Schulen, bei Stadtfesten, im Ehrenamt.

Und wir haben etwas, das man nicht unterschätzen darf: eine Bürgerschaft, die aktiv zupackt, eine Verwaltung, die verlässlich arbeitet, und Unternehmen, die trotz schwieriger gesamtwirtschaftlicher Lage investieren. Dass vieles herausfordernd ist – keine Frage. Aber es wäre falsch, die Schwierigkeiten mit Niedergeschlagenheit zu beantworten.

Wir müssen ihnen mit Realismus und gleichzeitig mit Zuversicht begegnen. Denn eines hat uns die Geschichte oft gelehrt: Pessimismus ist selten ein guter Ratgeber gewesen, Gestaltungswille hingegen schon.

Ein schönes Beispiel eben jenes Gestaltungswillens war der Artikel vom vergangenen Samstag in der BKZ über Frau Dr. Kaynar-Köse, die als türkisch-stämmige Ärztin gemeinsam mit Ihrem Team seit einigen Wochen ihre Hausarztpraxis in der Innenstadt zusätzlich an Samstagen ohne Terminvereinbarung geöffnet hat. Ich bin ein Stück weit stolz, dass wir über unsere Wirtschaftsförderung mitgeholfen haben, dass sie heute in Backnang in dieser Form tätig sein kann. Sie wird im Frühjahr auch noch Verstärkung durch eine syrische Kinderärztin bekommen. Ein gutes Beispiel für gelungene Integration. Natürlich gibt es große Herausforderungen in der Integrationspolitik und es braucht eine klare Ordnung und Steuerungskriterien, aber Menschen wie Fatma Kaynar-Köse und viele andere helfen uns sehr und es tut mir in der Seele weh, wenn Teile

unserer Gesellschaft pauschal eine abweisende Stimmung gegen Menschen anderer Herkunft aufbauen.

Im Übrigen ist dies auch der klare Beweis dafür, dass die Schließung der Notfallpraxis in Backnang ein großer Fehler war. Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle dem Landkreis und den Kreisgremien für die Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums für Kinder und Jugendliche in den Räumen der ehemaligen Notfallpraxis. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz bewusst sage ich Ihnen als Backnanger Oberbürgermeister sowie als zweiter Stellvertreter des Landrats: Mit Dr. Richard Sigel wissen wir Backnanger einen ausgewiesenen kommunalfreundlichen Landrat an unserer Seite.

Und überhaupt: Backnang hat keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil: Unsere Ausgangslage ist solide, unsere Stadt ist attraktiv, unsere Wirtschaftsstruktur robust. Und deshalb lohnt es sich, mit klaren Prioritäten und

einem starken Willen die Zukunft zu gestalten – auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind. Diese Ausgangslage – realistisch, aber zuversichtlich – ist die Grundlage, auf der wir nun den Haushalt 2026 betrachten sollten.

Wir beraten den Haushalt 2026 in einer Zeit, in der vieles gleichzeitig in Bewegung ist: geopolitische Unsicherheiten, ein anhaltend schwieriges konjunkturelles Umfeld, steigende Zinsen, hohe Sozialausgaben und ein wachsender Investitionsbedarf in Klimaschutz, Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Auch in Backnang merken wir die Verunsicherung, die das ganze Land erfasst. Ich halte es für unsere gemeinsame Aufgabe, dieser Stimmung etwas entgegenzusetzen: mit Ehrlichkeit über die schwierige Lage, mit Transparenz über die Zahlen – aber auch mit Zuversicht, mit Gestaltungswillen und mit einem klaren Kurs.

Die Wahrheit ist: Die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzen ist längst keine Einzelbeobachtung mehr, sondern ein deutschlandweites Phänomen. Wenn die Städte und Gemeinden mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben schultern, ihnen aber nur rund ein Siebtel der Steuereinnahmen verbleibt, dann ist das auf Dauer nicht tragfähig. Unsere Sozialausgaben steigen seit Jahren in nahezu allen Bereichen, häufig um 30, 50 oder weit mehr Prozent. Gleichzeitig werden neue Aufgaben – von der Betreuung über Integration bis hin zur Digitalisierung – in der Regel vor Ort erledigt, aber nicht dauerhaft und auskömmlich finanziert. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage von Christian Schuchardt, dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, mehr als ein Zitat für den Einstieg – er ist eine Handlungsaufforderung:

„Wir brauchen Entlastung bei den Sozialkosten, eine faire Neuordnung der staatlichen Aufgaben und echten Fortschritt bei Entbürokratisierung und Digitalisierung.“

Bis Bund und Land uns hier strukturell entgegenkommen, bleibt uns aber nur eines: Wir müssen vor Ort verantwortungsvoll haushalten, konsolidieren, Prioritäten setzen – und trotzdem weiter investieren in die Zukunft unserer Stadt.

Backnang 2026: solide Basis, großer Kraftakt

Backnang steht im Vergleich zu vielen anderen Städten noch immer ordentlich da. Unsere Gewerbesteuer entwickelt sich stabil und befindet sich weiterhin auf einem erfreulichen Rekordniveau. Mein Dank gilt an dieser Stelle unseren örtlichen Unternehmen, die sich in herausfordernden Zeiten alles in allem sehr gut behaupten und nach Kräften vor Ort engagieren. Die Sicherung von

Arbeitsplätzen bildet die Grundlage unseres Wohlstandes und kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und insofern ist es auch absolut richtig und notwendig, weitere Gewerbeflächen für unsere örtlichen Unternehmen in den Mühläckern zu schaffen, meine Damen und Herren. Für 2026 setzen wir das geplante Gewerbesteueraufkommen bewusst konservativ auf 27,5 Mio. € fest.

Das Gesamtvolumen des Haushalts 2026 beläuft sich auf über **189 Mio. €**. Davon entfallen

- **141,6 Mio. €** auf den Ergebnishaushalt und
- **29,5 Mio. €** auf den investiven Finanzhaushalt und
- **17,9 Mio. €** auf die Finanzierungstätigkeit.

Trotz aller Anstrengungen verbleibt im Ergebnishaushalt 2026 ein planerischer Fehlbetrag von **rund 10,6 Mio. €**. Diesen können wir – noch – durch Entnahmen aus der in den guten Jahren aufgebauten Ergebnisrücklage der Jahre 2018 bis 2023 ausgleichen.

Damit ist klar: 2026 bekommen wir den Haushalt noch mit Hilfe unserer Rücklagen ins Lot. Aber wir wissen ebenso: Für 2028 wird diese Rücklage voraussichtlich nicht mehr ausreichen.

Gleichzeitig erreichen wir etwas, das keineswegs selbstverständlich ist: **Wir können 2026 auf Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer verzichten.** Das ist in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche und steigender Preise ein wichtiges Signal an unsere Unternehmen und an die Backnangerinnen und Backnanger. Es zeigt: Wir konsolidieren mit Augenmaß – nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger und nicht zulasten der örtlichen Wirtschaft.

Konsolidierung mit Vernunft – was wir uns abverlangen

Meine Damen und Herren,

damit dieser Kurs gelingt, haben wir gemeinsam eine umfassende Konsolidierungsliste erarbeitet. Gemeinderat und Verwaltung haben in nahezu allen Bereichen – ausgenommen das Ehrenamt – Einsparungen oder zeitliche Streckungen vorgenommen.

Dazu gehören insbesondere:

Unterhalt und Sachaufwendungen wurden kritisch überprüft, Maßnahmen priorisiert und teilweise auch verschoben.

Investitionen wurden neu priorisiert: Was ist zwingend notwendig? Was schafft langfristigen Mehrwert? Was kann später kommen?

Personalausgaben: Der Personaletat liegt mit rund 50,59 Mio. € auf dem zweitgrößten Ausgabeposten nach den Transferaufwendungen. Er steigt vor allem aufgrund von Tarifsteigerungen um rund 2,62 Mio. €. Zugleich gehen wir erstmals seit Jahren bewusst nicht in einen weiteren Stellenaufwuchs, sondern setzen auf einen gezielten

Stellenrückgang von 9,26 Stellen im Jahr 2026 sowie weitere Stellreduzierungen in den kommenden Jahren.

Das ist kein „Klein-Klein“, sondern eine strategische Entscheidung. Wir nutzen die natürliche Fluktuation. Wir setzen auf Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung. Wir unterwerfen jede Nachbesetzung einer strengen Aufgabenkritik und Prozessoptimierung.

Zugleich ist klar: Dieser Kurs ist nur möglich, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihn mittragen – oft mit Mehrbelastung, mit Flexibilität und mit hohem persönlichen Engagement. Ich möchte an dieser Stelle der gesamten Belegschaft, allen Ämtern, unseren Eigenbetrieben und Gesellschaften ausdrücklich danken. Wir konsolidieren, aber wir sparen die Stadt nicht kaputt. Genau darin besteht die Kunst: Handlungsfähigkeit erhalten, Zukunftsprojekte sichern, und gleichzeitig den Haushalt stabilisieren.

Prioritäten 2026: Wo wir investieren – und warum

Trotz aller Zwänge bleibt 2026 ein Jahr mit einem klar priorisierten Investitionsprogramm. Insgesamt stellen wir rund 29,6 Mio. € bereit – mit dem Grundsatz: Wir investieren dort, wo es Substanz sichert und Zukunft ermöglicht.

1. Bildung und Betreuung

Gute Bildung und verlässliche Betreuung bleiben zentrale Ziele. Seit 2018 wurden über 24 Mio. € in unsere Schulen investiert, 2026 folgen weitere Mittel für notwendige Maßnahmen in allen unseren Schulen. Die Digitalisierung führen wir mit gezielten Ersatzbeschaffungen fort. Parallel treiben wir die Planungen für den Ersatzneubau auf der Maubacher Höhe voran, der dank des Sondervermögens und der verbesserten Schulbauförderung für auswärtige Schülerinnen und Schüler nun endlich in erreichbare Nähe rücken könnte**.** Auch unser Engagement im Kita-Bereich ist ungebrochen. Unsere Botschaft ist klar: Wir investieren weiter in unsere Kinder.

2. Sicherheit: Feuerwehr und Katastrophenschutz

Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind Ersatzbeschaffungen unverzichtbar. Wir modernisieren weiterhin stetig die Einsatzfahrzeuge unserer Wehr, darunter ein neues Drehleiter- und ein Hilfeleistungslöschfahrzeug. Auch in die notwendige Infrastruktur für eine funktionierende Wehr wird ertüchtigt und mit zeitgemäßer Technik ausgerüstet, wie der Anbau an die neue Schlauchpflegeanlage und deren separate Zufahrt. Diese Investitionen dienen unmittelbar dem Schutz von Menschenleben.

Dem THW-Ortsverband Backnang soll durch ein Grundstück in den Lerchenäckern die Möglichkeit gegeben werden, ein hochmodernes und leistungsfähiges Einsatzzentrum als neuen Stützpunkt zu errichten. Dadurch ist die Backnanger Raumschaft beim Katastrophenschutz weiterhin bestens gerüstet.

3. Infrastruktur und Mobilität

Wir stärken die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur: der Ersatzneubau für die Brücke über die Weissach wird in Angriff genommen, der neue KAWAG-Kreisel verbessert die Leistungsfähigkeit dieses zentralen Knotens sowie die barrierefreie Anbindung des Gesundheitszentrums und der Bushaltestellen, und wir begleiten in den kommenden Jahren die umfassende Modernisierung des Bahnhofs mit einem veritablen städtischen Eigenanteil. Mobilität heißt für uns: mehr Barrierefreiheit, bessere Verknüpfung der Verkehrsträger und verlässliche Erreichbarkeit. Die Großprojekte entlang der B14 und des Bahnhofs Backnang und des Haltepunkts Maubach. eröffnen unserer Stadt langfristige Chancen.

4. Hochwasserschutz und Klimafolgenanpassung

Wir setzen die innerörtlichen Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Murr fort und bringen gemeinsam mit dem Wasserverband Murrtal die

Rückhaltebecken „Brunnenwiesen“ und „Seehau“ am Eckertsbach, voran. Das für den Schutz von Backnang besonders wichtige Becken Oppenweiler ist im Bau und soll 2027 einsatzbereit sein. Ergänzend schaffen die Starkregengefahrenkarten Transparenz und sensibilisieren die Bürgerschaft für die unverzichtbare Eigenvorsorge. Diese Maßnahmen sind teuer, aber notwendig – denn Nichtstun wäre am Ende deutlich teurer.

5. Wohnen, Stadtentwicklung und soziale Infrastruktur

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum bleibt hoch. - Auf der Oberen Walke und an weiteren Standorten entstehen rund 100 zusätzliche preisgebundene Wohnungen. Die Städtische Wohnbau und die Kreisbau leisten hierzu wertvolle Beiträge. So stellen wir sicher, dass Backnang auch künftig für Familien und Menschen mit normalem Einkommen attraktiv bleibt.

6. Sport und Kultur

Wir investieren gezielt in Lebensqualität: am Sportstandort MURRTAL-ARENA in ein Kleinspielfeld, in den Erhalt unseres kulturellen Erbes wie bspw. dem Stadtturm und in die Modernisierung unseres Bürgerhauses sowie in eine zukunftsfähige Friedhofsentwicklung mit modernen Grabformen und verbesserten Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiter. Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche – ohne jene Orte aus dem Blick zu verlieren, die Gemeinschaft und Identität stiften.

Verwaltung im Wandel: Digitalisierung, Entbürokratisierung, Aufgabenkritik

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zur Wahrheit gehört: Mehr Aufgaben mit immer weniger Personal – diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen. Das gilt in Backnang wie in allen Kommunen. Deshalb setzen wir parallel zur Konsolidierung auf drei Steuerungselemente:

1. **Digitalisierung:** Mit dem neuen E-Rechnungsworkflow werden wir ab 2026 sämtliche Rechnungen digital erfassen, prüfen und freigeben – schneller, transparenter, papierlos. Weitere digitale Bausteine – vom Bürgerportal über die elektronische Vergabe bis hin zu modernen Fachverfahren – werden nach und nach ausgerollt. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um knappe Personalkapazitäten gezielt für die Anliegen der Bürgerschaft einzusetzen.
2. **Entbürokratisierung:** Wir müssen uns nicht nur über Bürokratie beschweren, wir müssen sie aktiv abbauen – dort, wo wir es können. Jede neue Regel, jede zusätzliche Prüfschleife, jedes Formular verbraucht Zeit, die wir für das Wesentliche verwenden sollten. Wir müssen hier selbstkritisch mit gutem Beispiel und dem Mut zur Eigenverantwortung vorangehen und wir schließen uns gleichzeitig der klaren Forderung des

Deutschen Städtetages an: weniger Förderprogramme mit komplizierten Antragsverfahren, dafür mehr verlässliche Budgets vor Ort.

3. **Aufgabenkritik:** Wir werden in den nächsten Jahren noch stärker prüfen müssen, was die Stadt wirklich leisten kann und wo wir Prioritäten setzen. Nicht jede wünschenswerte Leistung kann auf Dauer in gleicher Tiefe und Breite vorgehalten werden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Anspruch darauf, dass wir ein realistisches Aufgabenprofil entwickeln – und kein Wunschkonzert, das vor Ort nicht zu stemmen ist.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Einsparungen auch zu Lasten der Daseinsvorsorge gehen werden. Wer sagt, alles soll so bleiben wie es ist, aber es soll weniger kosten, soll realistisch und ohne billigen Populismus sagen, wie das geht. Aus unserer Sicht heißt das konkrete Schwerpunkte zu

setzen, was eben auch bedeutet, dass es Dinge geben wird, die wir uns nicht mehr leisten können. Gerade deshalb steht für uns ebenfalls fest: Die Beschäftigten dürfen nicht die Leidtragenden sein. Das Personal folgt den Aufgaben. Daher ist unsere Haltung, dass Bund und Land im gleichen Umfang Aufgaben der Kommunen reduzieren müssen, wenn wir mit weniger Personal auskommen wollen. Das fällt schwer. Man sieht dies in vielen Bereichen. Alle wollen eine geringere Staatsquote, aber nur ganz wenige Menschen sind konkret bereit, individuell wieder mehr zu tun und mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Kein Wunder, in den vergangenen Jahren hatte man den Eindruck, dass der Staat daran gearbeitet hat, seinen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, in einer Art „Vollkaskomentalität“ zu leben. Das wird in Zukunft nicht mehr die Strategie des staatlichen Handelns sein können. Wir müssen uns ehrlich machen und benennen, dass „Musik Geld

kostet“, auch auf Ebene der Kommunen. Dazu zählen übrigens auch entsprechende, sich ständig wiederholende Anfragen von Einzelpersonen ohne erkennbaren Erkenntnisgewinn, deren Beantwortung jedes Mal Zeit und Geld kostet und entsprechende Personalaufwendungen und Personalbedarfe nach sich zieht. Wir werden in diesem Sinne eine sozialverträgliche Trendwende einleiten und die Zahl der Stellen den Aufgaben folgend reduzieren, in diese Entwicklung beziehen wir ganz bewusst unseren Personalrat in die Entscheidungsfindungen mit ein.

Forderungen an Bund und Land – und unser gemeinsamer Weg

Natürlich brauchen wir strukturelle Reformen, natürlich wollen wir das Konnexitätsprinzip umgesetzt wissen, aber sich allein auf das Wehklagen und Lamentieren zu beschränken, wäre aus meiner Sicht mit dem Anspruch der **kommunalen Selbstverwaltung** nicht in Einklang zu

bringen gewesen. Backnang leistet seinen Beitrag: Wir konsolidieren, wir setzen Prioritäten, wir investieren zielgerichtet in Zukunftsprojekte. Aber klar ist auch: Damit die kommunalen Haushalte **dauerhaft** wieder ins Lot kommen, braucht es mehr als nur kommunale Sparanstrengungen. Deshalb richten wir – gemeinsam mit anderen Städten – folgende Erwartungen an Bund und Land:

1. Keine neuen Aufgaben ohne hundertprozentige und dynamisierte Gegenfinanzierung.
2. Eine fairere Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der kommunalen Ebene.
3. Eine wirksame Entlastung bei den Sozialkosten.
4. Weniger Bürokratie, weniger befristete Förderprogramme – mehr verlässliche, strukturelle Mittel.

Die Diskussion um einen „Zukunftspakt“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Stärkung der kommunalen

Finanzen und die in Aussicht gestellten Fördermittel aus dem Sondervermögen des Bundes von rund 22,5 Mio. € sind hier ein wichtiges Signal. Aber sie ersetzen keine notwendigen strukturellen Reformen.

Zum Abschluss: Zusammenhalt und Engagement: Unsere gemeinsame Stärke

Meine Damen und Herren,

bei allen Zahlen, Kennziffern und Hebesätzen: Eine Stadt ist mehr als ihr Haushalt. Eine Stadt lebt von den Menschen, die hier Verantwortung übernehmen – in der Verwaltung, im Gemeinderat, in Unternehmen, Vereinen, Kirchen, in Initiativen und in der Nachbarschaft. Ich danke Ihnen, den Mitgliedern des Gemeinderates, für die intensive, manchmal kontroverse, aber immer von Verantwortung getragene Zusammenarbeit. Mein Dank gilt vor allem Herrn Erstem Bürgermeister Setzer, der Dezernentin Regine Wüllenweber, unserem Dezernenten Timo Mäule, unserer

gesamten „Führungsmannschaft“ sowie Stadtkämmerer Alexander Zipf und dem gesamten Finanzteam sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, der Eigenbetriebe und der Gesellschaften für ihren großen Einsatz in schwieriger Zeit, unseren örtlichen Unternehmen, die mit ihrer Kraft und ihrem Mut zur Investition das Rückgrat unserer Gewerbesteuer bilden, den Ehrenamtlichen in Vereinen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Kultur und Sport, die Backnang lebendig halten.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ja, die Zahlen sind herausfordernd. Ja, die Spielräume werden kleiner. Aber: Backnang ist kein Krisenstandort, sondern eine starke, solidarische, zukunftsfähige Stadt. Wenn wir klar priorisieren, konsequent konsolidieren, mutig investieren und modernisieren und dabei gemeinsam Kurs halten, dann werden wir auch diese finanzielle Wegstrecke meistern. Inmitten von Schwierigkeiten liegen Möglichkeiten – nicht als naive Hoffnung, sondern als Auftrag zum Handeln. Lassen Sie uns diesen Auftrag gemeinsam annehmen. Ich

freue mich auf die Haushaltsberatungen und auf den weiteren Weg mit Ihnen zum Wohle unserer Stadt Backnang.

Herzlichen Dank.